



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

Serbische Unnachgiebigkeit.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73546](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73546)

Fünfzehntes Kapitel.

Die Londoner Botschafterkonferenz 1912.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 10./23. November 1912. — Nr. 332.

Persönlich. Nicolson ist ziemlich skeptisch hinsichtlich der Aufnahme, die der Poincarésche Vorschlag bezüglich eines serbischen Hafens an der Adria in Deutschland und Österreich finden wird. Er glaubt, daß Österreich entschlossen ist, sich nicht dem Zugange Serbiens zum Mittelmeere, wohl aber einer territorialen Erwerbung zu widersetzen. Er glaubt, daß der Ausdruck „neutraler Hafen“ näher bestimmt werden muß. Er glaubt auch, daß viel von der Zusammenkunft des Erzherzogs mit Kaiser Wilhelm abhängen wird. Die Reise Schemuas nach Berlin macht auf ihn Eindruck, ebenso Nachrichten über eine russische Mobilisation, die aus der Wiener Reichspost geschöpft sind. Man fürchtet hier, daß die von uns getroffenen militärischen Maßnahmen größeren Umfang als die österreichischen haben. Man gibt zu, daß dies nötig sein kann. Aber dieser Eindruck ist bedauerlich, wie ich Ihnen in meinem letzten Brief berichtete. Wenn, wie ich glaube, die Haltung Englands hauptsächlich von der Handlungsweise Deutschlands abhängen wird, so urteilt man über die Politik Österreichs in dieser Krise nicht so streng wie bei uns. Man vergleicht, was man über seine jetzigen Forderungen weiß, mit seinen Plänen vor dem Kriege. Die Folgerung fällt zugunsten Österreichs aus. Man findet auch, daß Serbien zu viel von der Unterstützung der Mächte verlangt, die ihrer Sympathie mit diesem Lande Ausdruck verliehen haben. Ich teile dies alles zu Ihrer Information mit.

Stebert, Diplomatische Aktenstücke.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 11./24. November 1912. — Nr. 333.

Aus meinen während der letzten Tage gemachten Beobachtungen ergibt sich, daß Österreich kein territoriales Zugeständnis zugunsten Serbiens in Albanien machen wird. Ich glaube, daß das äußerst Erreichbare ein neutraler Hafen auf dem Territorium eines autonomen Albaniens sein würde. Welches immer die Stellungnahme Frankreichs sein mag, welche durch unsern Bündnisvertrag bedingt wird, so glaube ich, daß, wenn wir Serbien noch weiter gehende Unterstützung zuteil werden lassen, wir die moralische Unterstützung nicht nur Englands, sondern auch Frankreichs verlieren würden. Wenn ich mich nicht irre, so will mir scheinen, daß die öffentliche Meinung in Rußland sich vor allem von dem Gedanken einer Revanche für 1909 leiten läßt; ich selbst hege dies Gefühl zu sehr, als daß es mir erlaubt wäre, ein derartiges Gefühl in Rußland abfällig zu beurteilen. Aber es scheint mir auch, daß wir diese Revanche schon in weitgehendem Maße erreicht haben, und zwar dank der Politik des Kaisers, dessen berufener Vertreter Sie sind. Nicht die Befürchtung eines Konfliktes mit den Balkan-Alliierten und ihren Armeen hält Österreich im jetzigen Zeitpunkte zurück. Rußland allein und die Stellung, die es einnimmt, haben Österreich veranlaßt, auf sein Programm, wie es nach 1909 bestand, zu verzichten: auf jede territoriale Ausdehnung, auf den Sandschak und auf Saloniki; auch ist Österreich gleichzeitig veranlaßt worden, der Aufteilung des Balkans zwischen den Alliierten und der Schaffung eines albanischen Staates unter dem Protektorate aller Mächte zuzustimmen. Es ist mir wenigstens nicht bewußt, daß Österreich gegen einen solchen Gedanken Einspruch erhoben hat. Im Grunde genommen bedeutet dies einen völligen Umschwung der österreichischen Politik. Außerdem hat, dank der weisen und uneigennütigen Politik Rußlands, die ganze Balkanfrage eine unerhoffte Lösung gefunden, ohne daß es zu einem europäischen Kriege gekommen wäre. Ich glaube, daß, wenn die russische öffentliche Meinung eines Tages die Dinge in diesem Lichte erblicken wird, keine einzige Epoche der neueren Geschichte Rußlands ruhme

voller erscheinen wird. Unsere weise und uneigennütige Politik hat uns die Unterstützung Frankreichs und Englands und im Anfang auch Italiens gewonnen. Dieses Resultat in Frage zu stellen, und zwar wegen einer sekundären Erwägung, die mehr den Ehrgeiz als das berechnete Interesse Serbiens betrifft, bedeutet meiner Ansicht nach, den bis jetzt so erfolgreich betretenen Weg zu verlassen. Und wir würden vielleicht auf diese Weise unserem Gegner eine günstige Gelegenheit zum Angriff bieten, wenn sich die internationale Situation durch eine letzte Forderung unsererseits, deren absolute Notwendigkeit wir nicht beweisen können, zu unsern Ungunsten verändert haben wird.

Ich bitte Sie, die Offenheit dieses Telegramms zu entschuldigen. Was ich Ihnen sage, ist das Resultat der Beobachtungen, die ich hier jeden Tag machen kann. Ich glaube, daß eines Tages die öffentliche Meinung in Rußland sich zu den erzielten Resultaten wird beglückwünschen müssen, und zwar sind diese Resultate ohne Krieg, nur infolge der Autorität und des Prestiges Rußland, erzielt worden.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 12./25. November 1912. — Nr. 385.

Heute hat der hiesige österreichische Botschafter Poincaré mitgeteilt, daß das Wiener Kabinett einen territorialen Zugang Serbiens nach San Giovanni di Medua, selbst wenn dieser Hafen neutralisiert werden sollte, nicht zulassen könne. Er hat hinzugefügt, daß Osterreich auf alle Forderungen außergewöhnlicher kommerzieller Vorzüge für sich selbst verzichtet und bereit ist, Serbien eine Eisenbahnverbindung mit einem neutralen Hafen auf albanischem Territorium zuzugestehen, mit der Berechtigung, durch diesen Hafen in Friedenszeiten Waffen und Munition einzuführen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 12./25. November 1912. — Nr. 386.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm 376. Im Gespräche mit mir hat Tittoni seine Erklärungen Poincaré gegenüber

einigermaßen abgeschwächt. Er erklärt, daß Italien verpflichtet sei, Österreich nur in den genau umschriebenen Grenzen Albaniens zu unterstützen. Wenn daher Serbien auf der Besitzergreifung eines Teiles Albaniens besteht, so ist Italien verpflichtet, gemeinsam mit Österreich zu handeln und sogar zu einer gemeinsamen Besetzung Albaniens zu schreiten. Seiner Ansicht nach würde dies zu keinen ernstlichen Verwicklungen führen, da alle Mächte zugeben, daß die albanische Frage allgemeineuropäische und nicht serbische Bedeutung hat. Ich erwiderte Tittoni, daß Serbien trotz der beruhigenden Ratschläge Rußlands vielleicht einen Zusammenstoß mit Österreich in der albanischen Frage herbeiführen könne. Wenn Österreich dies mit einem Einfall in Serbien beantworten würde, so könne ein allgemeiner Krieg entstehen, im Laufe dessen, wie aus den von ihm Poincaré abgegebenen Erklärungen ersichtlich, Italien sich in der Reihe der bewaffneten Gegner Rußlands und Frankreichs befinden würde. Tittoni erwiderte, daß seiner persönlichen Meinung nach kriegerische Maßnahmen Österreichs gegen Serbien außerhalb Albaniens Italien nicht zu einer Unterstützung Österreichs verpflichten; er wolle jedoch San Giuliano hierüber befragen. Tittoni erklärt, Berchtold habe Italien die kategorische Zusicherung gegeben, daß er im jetzigen Zeitpunkt nicht beabsichtigt, irgendwelche Forderungen an Serbien zu stellen, daß Österreich auf alle ökonomischen Vorrechte für sich selbst verzichtet und mit einer doppelgleisigen Eisenbahnverbindung Serbiens mit Antivari und einem neutralen Hafen auf albanischem Territorium einverstanden ist; daß Österreich sich aber einem territorialen Ausgange Serbiens zur Adria widersetzen wird. Im allgemeinen habe ich aus meiner Unterredung mit Tittoni den Eindruck gewonnen, daß ein Mittel, einer weiteren Verschärfung des Konfliktes vorzubeugen, darin bestehen würde, daß Österreich und Italien Albanien zeitweilig gemeinsam besetzen und daß die endgültige Regelung der albanischen Frage hierauf in die Hände Europas gelegt wird, da Italien durchaus nicht ein beständiges Kondominium mit Österreich wünscht. Ich habe den Inhalt dieser Unterredung Poincaré mitgeteilt, welcher dieser Frage das größte Interesse entgegenbringt.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 12./25. November 1912. — Nr. 388.

Persönlich. Ich lenke Ihre besondere Aufmerksamkeit auf Tittonis Gedanken einer zeitweiligen österreichisch-italienischen Besetzung Albaniens. Ein solcher Plan könnte, wie mir scheint, weiter entwickelt werden und zu einer kollektiven Besetzung Albaniens durch die europäischen Staaten führen, wobei wir dem Beispiel Deutschlands in der kretischen Frage folgen und uns der Teilnahme an einer solchen Okkupation enthalten könnten, unsere Teilnahme an der endgültigen Regelung der albanischen Frage vorbehaltend. Auf diese Weise würde die albanische Frage sofort aus dem österreichisch-serbischen oder österreichisch-balkanischen Konflikt ausgeschaltet, und für Serbien wäre es leichter, sich vor Kollektivschritten Europas als vor einer alleinigen Einmischung Österreichs zu beugen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1912. — Nr. 390.

Der französische Botschafter telegraphiert aus Rom, San Giuliano halte sich zur Annahme berechtigt, daß Österreich von allen aktiven Maßnahmen gegen die Serben absehen wird, selbst wenn sie Durazzo besetzen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1912. — Nr. 342.

Obwohl Grey mich niemals gefragt hat, ob Sie Ihren Standpunkt hinsichtlich der serbischen Forderungen verändert haben, so wußte ich, daß die in Paris gehegten Zweifel auch bis zu ihm gedrungen waren, obwohl die Telegramme Buchanans das Gegenteil beweisen. Ich habe es deshalb für nötig gefunden, Grey Ihre Antwort an Iswolsky mitzuteilen. Er hat nur geantwortet, daß seiner Ansicht nach alle diese Mißverständnisse zum großen Teil infolge der Haltung und namentlich der Sprache, wenn nicht von Pasitch selbst, so doch der serbischen politischen Führer entstanden sind und daß diese Sprache in Wien Nervosität hervorrufen müsse.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1912. — Nr. 345.

Grey hat Buchanan beauftragt, Ihnen seine Ansicht über die Veröffentlichung Pasitchs in der Times mitzuteilen und Ihre Zustimmung zu seiner beabsichtigten Erklärung in Belgrad zu erbitten. Grey ist von Lichnowsky und Mensdorff über diese Mitteilung befragt worden, und er hat sich darauf beschränkt, ihnen zu erklären, daß er diese Veröffentlichung unzeitgemäß und bedauerlich finde, da die Lösung dieser Frage von den Mächten abhängt. Er fügte mir gegenüber hinzu, er wolle mir nicht verheimlichen, daß diese Veröffentlichung der Form und dem Inhalt nach sehr verhängnisvoll sei und so sehr geeignet, den Dingen eine schlimme Wendung zu geben, daß er es für nötig halte, seine Ansicht in Belgrad deutlich zum Ausdruck zu bringen. Grey hat weiter nichts gesagt, aber er hofft augenscheinlich, daß Sie diesen Zwischenfall Ihrerseits nicht unbemerkt vorübergehen lassen werden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 14./27. November 1912. — Nr. 2738.

Ich habe Hartwig am 7./20. November sub Nr. 2659 folgendes telegraphiert: Die Regierung neigt immer mehr einer friedlichen Lösung der Frage des serbischen Zuganges zur Adria zu, da diese Frage in unsern Augen rein örtliche Bedeutung hat. Die jetzige Haltung Serbiens schließt jedoch einen friedlichen Ausgang aus. Unser Eindruck ist der, daß die Serben nicht ernstlich auf eine Unterstützung von seiten der Balkan-Alliierten rechnen können, da deren Kräfte durch den noch nicht beendeten Krieg erschöpft sind.

Infolgedessen ist Ihr Interview und die Erklärung Pasitchs eine Herausforderung, und sie können den Serben nur Schaden und uns eine weitere Unterstützung bei der allgemeinen Liquidation des Krieges nur erschweren. Ich bitte Sie, Pasitch unter Beobachtung der nötigen Vorsicht zu ernüchtern und Interviews zu vermeiden, welche zu ungerechtfertigten Kommentaren und Anschuldigungen gegen Ihre Tätigkeit führen, die angeblich nicht im Einklang mit unserer allgemeinen Politik steht.